Landes-SGK EXTRA
Brandenburg
Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

IMPULSE 7 JUNI | 2017

Demokratie lebt vom Mitdenken

Niels Rochlitzer, Geschäftsführer der SGK-Brandenburg Foto: C.Maaß/SGK Brandenburg

Inhalt

Heimatkunde

Kommunale Sicherheit

Terminankündigung

Bei der Feuerwehr brennt‘s

Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik, Demokratie ist und bleibt spannend. Das erleben wir nicht nur gerade als Sozialdemokratie in Bund und Ländern, wo wir eine Achterbahn der Gefühle, der Umfrage- und Wahlergebnisse „am eigenen Leibe“ beobachten können. Das lässt sich auch in Brandenburg in diesen Wochen und Monaten bestens studieren, aber dazu später. Gradmesser für demokratische Teilhabe sind dabei natürlich nicht nur Wahlen, egal ob auf Europa-, Bundes- oder Kommunalebene. In vielen Städten und Gemeinden unseres Landes werden ganz unterschiedliche Modelle der Bürgerbeteiligung praktiziert und das mit fast ausschließlich großem Erfolg. Bürgerhaushalte, Senioren-, Kinder- und Jugendparlamente oder Leitbildprozesse mit Bürgerbeteiligung sind nur einige Beispiele für demokratische Partizipationsmöglichkeiten in den Kommunen. Dennoch sind Wahlen nach wie vor das üblichste und wirkungsmächtigste Instrument der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. So richtet sich natürlich auch unser Hauptaugenmerk als politisch Engagierte und Interessierte auf den Ausgang der Abstimmungen nicht nur in Brandenburg, sondern auch den anderen Bundesländern.

Gut für die Kommunen

Neben vielen Bürgermeisterwahlen in diesem Jahr stellen die Bundestagswahlen zweifellos die weitreichendste Weichenstellung 2017 dar. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Kommunen ist es dabei eine große Genugtuung, dass ein ehemaliger Bürgermeister als Kanzlerkandidat und Parteivorsitzender die SPD in diese Wahlen führt. Martin Schulz weiß aus eigener langjähriger Erfahrung, wo die Kommunen der Schuh drückt und an welchen Stellschrauben auch auf Bundesebene gedreht werden kann, gedreht werden muss, um den Landkreisen, Städten und Gemeinden zu helfen. Ein wichtiger Vorschlag, der in diese Richtung zielt, ist die nationale Bildungsallianz, die Martin Schulz am 18. Mai in einer bemerkenswerten Rede gefordert und als wichtigen Bestandteil des SPD-Regierungsprogramms markiert hat. Dass Bildung die wichtigste Ressource der Zukunft ist, für jeden Einzelnen wie auch für die Gesellschaft als ganze, ist eine Binsenweisheit. Warum handeln wir nicht schon längst entsprechend und machen Bildung zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, sprich zu einer Herausforderung, an deren Bewältigung auch der Bund teilhat?! Nichts anderes bedeutet letztlich die Forderung Schulz´: dass alle politischen Ebenen anpacken und noch bessere Voraussetzungen für unsere Kinder, Jugendlichen und jungen Menschen schaffen, in Kitas, Schulen, Horten, Berufsschulen und an Universitäten das zu lernen, was ihnen die Wege für eine gelingende Zukunft ebnet. Die geforderte Bildungsallianz will schrittweise eine Beitragsfreiheit erreichen, die Bildung von der Kita bis zur Uni für alle zugänglich macht – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir in den Kommunen wissen, dass nicht allein die Beiträge ein Hemmschuh sein können. Auch die Bildungsinfrastruktur, der bauliche Zustand und die Ausstattung der Schulen müssen stimmen. Auch hier muss der Bund finanzielle Unterstützung leisten können. Bei allen Vorzügen des Kulturföderalismus wollte mir nie einleuchten, warum das strikte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern über viele Jahrzehnte wie eine Heilige Kuh behandelt wurde. Als „gelernter“ Ostdeutscher ist mir allerdings auch unverständlich, wa-

rum Kinder, die mit ihren Eltern von Rostock nach Magdeburg oder von Düsseldorf nach Cottbus ziehen, fast zwangsläufig große Schwierigkeiten in der Schule haben, Anschluss an den Lehrstoff zu finden, weil die Lehrpläne in den einzelnen Ländern oft drastisch voneinander abweichen. Daran allerdings wird auch keine Bildungsallianz etwas ändern können. Weitere aus kommunalpolitischer Perspektive begrüßenswerte Punkte des Regierungsprogramms, mit dem die SPD in den Bundestagswahlkampf zieht, sind der flächendeckende Breitbandausbau, die Förderung von Stadt-Land-Partnerschaften und von vor Ort selbst organisierten Infrastrukturprojekten wie Bürgerbussen oder Dorfgemeinschaftsläden. Diese Programmpunkte und viele Forderungen mehr zeigen auf, wie sich die Steuerüberschüsse des Bundes einsetzen lassen und die gesamte Gesellschaft davon profitiert. Steuergeschenke an einige wenige oder ein unverhältnismäßig aufwachsender Verteidigungsetat sind ein Irrweg, den die Unionsparteien einschlagen wollen, der uns als Kommunen allerdings überhaupt nichts bringt. Am 24. September wird über Deutschlands Zukunft abgestimmt. Die SPD hat eine klare Vorstellung davon, wie unser Land noch besser, noch gerechter werden kann und auch wir als Kommunen würden davon profitieren.

Volksinitiative nicht gut für die Kommunen

Warum der Landtag die Volksinitiative ablehnen musste: Wenn ich eingangs schrieb, dass wir gerade in diesen Tagen in Brandenburg den Facettenreichtum der Demokratie studieren können, meinte ich natürlich weniger den Bundestagswahlkampf, in dem wir deutschlandweit schon stecken. Vielmehr dachte ich an die Verwaltungsstrukturreform und die sich gegen die Kreisgebietsreform aussprechende Volksinitiative. Während die Gesetze zur bevorstehenden Verwaltungsstrukturreform in den zuständigen Ministerien erarbeitet werden und ihren parlamentarischen Weg nehmen, verfolgen die Initiatoren der Volksinitiative weiter ihren Weg der Totalverweigerung jeglicher Reform. Im Brandenburg Extra ist an dieser Stelle, im Editorial wie auch in anderen Beiträgen, schon viel zu diesem Thema geschrieben worden. Nicht oft genug jedoch kann man darauf hinweisen, dass es die Verleugnung der Realität bedeutet und unverantwortlich für unser aller Zukunft ist, die Verwaltungen und ihre Strukturen in Brandenburg nicht reformieren und zukunftsfest machen zu wollen. Nach eigener Zählung haben die Initiatoren 130.000 Unterschriften im Land gegen die Kreisgebietsreform (mit Einkreisungen) gesammelt. Da schon 20.000 Stimmen genügt hätten, um das Quorum zu erfüllen, wurde amtlicherseits bei 40.000 Stimmen mit dem Zählen aufgehört. Immerhin 6000 Stimmen davon waren mit Mängeln behaftet. Wie auch immer: mit teilweise populistischer Stimmungsmache und Scheinargumenten haben es die Initiatoren geschafft, eine beachtlich große Zahl von Unterschriften zusammenzutragen. Der Landtag hat nach einer bemerkenswerten Debatte und intensiver Auseinandersetzung mit dem Text und mit den Initiatoren der Volksinitiative diese dennoch am 18. Mai abgelehnt.

Egal, wie man zu den Reformplänen von Landtag und Landesregierung steht, war dies formaljuristisch nur konsequent und alternativlos. Schon rein rechtlich konnte der Landtag gar nicht anders. In Punkt 1 wird im Initiativtext gefordert, den Leitbildbeschluss vom Sommer 2016 aufzuheben. Da einfache Beschlüsse des Landtages wie der über das Leitbild keine rechtsverbindliche Wirkung entfalten, können sie im eigentlichen Sinne auch nicht aufgehoben werden, da keinerlei Rechtswirksamkeit damit „kassiert" würde. In Punkt 2 wird der territoriale, individuelle Bestandschutz der bisherigen Landkreise und kreisfreien Städte postuliert. Auch hier waren entweder keine Juristen am Werk oder haben beide Augen zugedrückt. So wird im Initiativtext keinerlei zeitliche Befristung einer solchen „Existenzgarantie" genannt. Sollen die Landkreise und kreisfreien Städte Brandenburgs in alle Ewigkeit unverändert bleiben? Auch diesen Passus würde jeder Verfassungsrichter für unsinnig erklären. Einen individuellen Bestandsschutz von Kommunen gibt es nicht. Schließlich bleibt der 3. Punkt im Initiativtext, der den Gesetzgeber auffordert, die entsprechenden Regelungen zu interkommunaler Zusammenarbeit zu schaffen. Wer sich ein wenig mit Kommunalpolitik in Brandenburg befasst hat und über den Tellerrand der eigenen Gemeinde, sei sie auch kreisfrei, hinaus geschaut hat, weiß, dass es diese Regelungen längst gibt. Sie müssen nur angewandt werden.

Das mag alles spitzfindig klingen und als Missachtung des Bürgerwillens kritisiert werden. Aber letztlich muss man an dieser Stelle spitzfindig sein. Es geht um nichts weniger als die Zukunftsfähigkeit unserer Verwaltungen. Wer will ein Staatsversagen in 20 oder 30 Jahren verantworten, weil er es sich jetzt bequem gemacht, sich vor dem Bürgerprotest weggeduckt, gekniffen hätte?!

Direkte Demokratie bedeutet nicht automatisch mehr Demokratie

Die Volksinitiative „Kreisreform stoppen" zeigt exemplarisch, wie es gelingen kann, die Meinung vieler durch Populismus, teilweise sogar Demagogie zu beeinflussen. Wenn wie geschehen behauptet wird, in den Kommunen würden wegen der Reform Schulen oder Krankenhäuser schließen, ist dies schlichtweg gelogen, überzeugt aber den ein oder anderen, seine Unterschrift zu geben. Wer im Vorbeigehen oder an der Haustür angesprochen wird, hat weder Zeit noch Muße, sich mit der Materie intensiver auseinander zu setzen. Dies eben ist die Gefahr, die die vermeintlich direkte Demokratie gerade auf Landesebene mit sich bringt. Je abstrakter zu lösende Fragen sind, zum Beispiel die nach zukünftigen Verwaltungsstrukturen, umso komplexer müssen die Antworten ausfallen. Dies lässt sich nicht auf ein schlichtes ja oder nein, auf Zustimmung oder Ablehnung reduzieren. Umso schwerer fällt eine sachliche und nüchterne, reflektierte Abwägung, wenn eine Volksinitiative oder in der nächsten Stufe ein Volksbegehren kampagnenartig befeuert wird. Wenn die argumentative Auseinandersetzung durch eine Materialschlacht ersetzt wird, hat die Seite mit mehr Geld schon gewonnen. Zudem: den Weg von der Initiative über das Begehren bis zum Entscheid zu gehen, fällt denen leichter, die es sich finanziell leisten können. Wir wissen in den Kommunen aus eigener oft leidvoller Erfahrung, wie schwer es mitunter sein kann, das Gemeinschaftswohl gegen Partikularinteressen zu verteidigen. Gerade letztere aber suchen sich ihren Weg oft über die Bürger- und Volksinitiativen.

Wir sehen in Brandenburg an der Vielzahl gescheiterter Direktwahlen von Landräten zudem eine gewisse Abstimmungsmüdigkeit. Bei zu geringen Quoren und zu erwartend geringer Beteiligung bleibt so zu befürchten, dass einige wenige über das Schicksal aller entscheiden.

Die nächste Volksinitiative in Brandenburg ist bereits gestartet, d.h. eigentlich sind es zwei. Sie sollen Zugangserleichterungen und umfassendere Regelungsinhalte von Volks- und Bürgerentscheiden erwirken. Wir als Bürgerinnen und Bürger haben durch Wahlen, durch die Möglichkeit, uns in Kommunalpolitik direkt, in Parteien, Gewerkschaften und Verbänden zu engagieren, durch die Bandbreite kommunaler Beteiligungsmöglichkeiten eine große Palette, unsere Demokratie mit Leben zu erfüllen. Nutzen wir sie schon so ausreichend, dass wir sie noch erweitern müssen? Denken wir darüber nach, bevor wir unsere Unterschrift unter irgendeine Initiativliste setzen, die uns auf der Straße entgegengehalten wird.

Glück auf! Euer

Niels Rochlitzer
Geschäftsführer der
SGK Brandenburg

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Redaktion: Niels Rochlitzer, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

DAS DEBATTENMAGAZIN

Die alten Lösungen taugen nicht mehr, die neuen kommen nicht von selbst: Die Berliner Republik ist der Ort für die wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit – progressiv, neugierig, undogmatisch.

Bestellen Sie unter: Telefon 030/7407 316-62, Telefax 030/7407 316-63, E-Mail vertrieb@b-republik.de

Die Berliner Republik erscheint fünf Mal im Jahr. Sie ist zum Preis von 8,– € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen: Jahresabo* 40,– €; Studentenjahresabo* 25,– €. Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich.

*Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Heimatkunde

Heimatkunde ist eine neue Rubrik des Brandenburg EXTRA in Ihrer DEMO

Autor SGK Brandenburg

Märkisch, Kurbrandenburgisch oder Preußisch – wie denkt Heimatkunde? Von der Beantwortung dieser Frage ist es abhängig, ob wir über die Landtagswahlen in NRW schreiben oder nicht. Wir entscheiden uns für die mittlere Variante, also für Kurbrandenburgisch. Schon das erlaubt es, den Blick nach Westen zu richten. Mit dem Herzogtum Kleve und der Grafschaft Mark gehörten wichtige Territorien des heutigen NWR bereits vor der preußischen Zeit und der Arrondierung im Ergebnis des Wiener Kongresses zum Kurfürstentum Brandenburg. Insofern ist es nicht nur politisch geboten, sondern auch landsmannschaftlich korrekt, über die Wahlen an Rhein und Ruhr zu schreiben.

Absturz in drei Akten

Dabei könnte der sozialdemokratisch orientierte Teil der Leserschaft gern auf diese Nachrichten verzichten. Nachher ist man immer schlauer. Vor allem aber fühlt es sich sehr schlecht an und es war ein Absturz in drei Akten. Im Saarland bedeutete ein leichter absoluter Stimmzuwachs bei einer spürbar steigenden Wahlbeteiligung einen Verlust von einem Prozent (29,6 Prozent gegen 30,6 Prozent im Jahr 2012). Damit bleibt die SPD in dem Korridor, in dem sie sich seit der Etablierung der LINKEN im Saarland bewegt. Es konkurrierten eine erfolgreiche CDU-Ministerpräsidentin und eine wurfstarke (Kugel, Diskus), aber politisch nicht ganz in der ersten Reihe agierende SPD-Kandidatin. Nur eine Woche nach dem 100-Prozent-Parteitag gab es aber nicht das Wahlergebnis, das sich die SPD erhofft hatte. Noch war nichts wirklich Schlimmes passiert. Aber ein Signal für den Aufbruch war es nicht.

Von Kiel dagegen ging ein Signal aus. Die Küstenkoalition wurde abgewählt. Trotz steigender Wahlbeteiligung verlor die SPD absolut an Stimmen. Prozentual schlug sich das mit einem Verlust von 3,2 Prozent nieder. Mit etwas Verspätung hat sich der bisherige Ministerpräsident Albig inzwischen aus der Landespolitik verabschiedet. Anders als Frau Rehlinger war er als Amtsinhaber angetreten. Zudem wirkte die CDU über eine längere Zeit nicht besonders stabil. Da muss schon mehr schiefgelaufen sein, als nur ein missglücktes Interview und eine neue Liebe des Landesvaters. Von Schwung aus dem Bund oder für den Bund konnte und kann keine Rede sein. Es schwante nichts Gutes.

In preußischer Zeit vollendet – der Kölner Dom

Die Hohenzollern auf ihrer Brücke am Rhein

Fotos (2): SGK Brandenburg

Offene Fragen

Und es kam in NRW so, wie es kommen musste. Mehr als 400.000 Stimmen gingen – bei wieder steigender Wahlbeteiligung – verloren. Fast acht Prozent betrug der Verlust. Die Landesmutter Hannelore Kraft wurde hinweggefegt. Im Heimatland des Kanzlerkandidaten gab es ein Debakel. Kein Aufschwung, nirgends.

Jetzt stellt sich die Frage: Was ist falsch gelaufen? Waren es landespolitische Themen oder war es der fehlende Rückenwind aus dem Bund? Noch viel mehr ist aber offen, wann und mit welchen Themen Martin Schulz endlich auf der Bundesebene spür- und sichtbar wird. Viel war da noch nicht.

Der Text könnte jetzt mit einem schönen Fontane-Zitat enden. „Erfolg und Mut. Oder beginnen wir mit dem Mut. Am Mute hängt der Erfolg." Heimatkunde setzt aber dieses Zitat auf den Index. Dort bleibt es so lange, bis Sie, liebe Leserinnen und Leser, uns eine andere Fundstelle liefern. Wir haben es am Ende des 11. Kapitels von Stine gefunden. Es soll Waldemar auf seinem Weg bestärken. Sein Weg führt ihn dann direkt in den Selbstmord. „Und er löschte die Lichter und trank. Und dann nahm er seinen Platz wieder ein und lehnte sich zurück und schloss die Augen." So endet das 15. Kapitel. Bis Sie uns somit eines anderen und Besseren belehren, raten wir von der Verwendung dieses Fontane-Zitates ab, könnte es doch vor allem für fehlende Textkenntnis sprechen. Zur Überprüfung empfehlen wir die Große Brandenburger Ausgabe aus dem Aufbau-Verlag. Stine erschien dort im Jahr 2000.

Und doch wollen wir positiv enden. Wir empfehlen völlig uneingeschränkt den Besuch von Schloss und Park Babelsberg. „Pückler. Babelsberg – Der grüne Fürst und die Kaiserin" läuft noch bis zum 15. Oktober 2017. Die Ausstellung ist nicht nur informativ und schön. Sie bietet nach vielen Jahren die Chance, wieder einmal in das Schloss selbst zu gelangen.

Kommunale Sicherheit

Einbruchsprävention ist nicht nur Aufgabe der Polizei, sondern auch eine kommunale Aufgabe

Autor Hendrik Hartung, studierter Historiker und zur Zeit Praktikant der SGK Brandenburg

Foto: Thorben Wengert /pixelio.de

Das subjektive Sicherheitsgefühl des Einzelnen ist aus kommunaler Sicht ein wichtiges und aktuelles Thema in Brandenburg. Teilweise losgelöst von der tatsächlichen Sicherheitslage, kann die Furcht vor Straftaten massiven Einfluss auf die Wahl des Wohnortes oder die lokale Wirtschaft nehmen. Sie kann dazu führen, dass bestimmte Viertel gemieden werden oder etwa auf den Erwerb eines neuen Fahrrades aus Angst vor Diebstahl verzichtet wird.

Wo es mehr Einbrüche gibt

Während die Polizei im ganzen Bundesgebiet und in Brandenburg für 2016 einen leichten Rückgang der Einbruchszahlen vorlegen konnte, weisen einige Gemeinden im Berliner Umland einen drastischen Anstieg der Einbruchszahlen auf. So stieg die Zahl der Einbrüche in Kleinmachnow im vergangen Jahr um 35 Prozent, in Stahnsdorf um 42 Prozent und in Teltow gar um 69 Prozent. Während hier einerseits der starke Zuzug und die damit verbundenen höheren Bevölkerungszahlen eine erhebliche Rolle spielen, ermöglicht die gute Infrastruktur und das noch nicht gefestigte Nachbarschaftsverhältnis potenziellen Dieben hohe Erfolgschancen und schnelle Fluchtmöglichkeiten. Gerade die Einkommensverhältnisse der im Speckgürtel ansässigen Einwohner machen das Gebiet rund um Berlin für Einbrecher besonders attraktiv. So wundert es wenig, dass hier 65 Prozent der brandenburgischen Einbruchsdelikte stattfinden.

Besonders bedenklich ist die Aufklärungsrate von Einbruchsdelikten in Brandenburg. Ist die Aufklärungsrate bundesweit mit etwa 17 Prozent schon überschaubar, so kann die brandenburgische Polizei gerade

Anzeige

DEBATTIEREN

Wir treiben wichtige politische und gesellschaftliche Debatten voran.

VERNETZEN

Wir verbinden Menschen und Organisationen, die der Sozialdemokratie nahestehen.

POSITIONIEREN

Wir zeigen Haltung und beziehen klar Stellung zu aktuellen Themen.

BESUCHEN SIE UNS UND DISKUTIEREN SIE MIT!

einmal 4,5 Prozent aller (gemeldeten) Einbruchsdelikte aufklären. Die Hauptursache hierfür scheint die personelle Ausnahmesituation bei der brandenburgischen Polizei zu sein. Während die Zahl der Stellen schon knapp bemessen ist, schafft man es nicht, diese mit qualifizierten Bewerbern zu besetzen. So waren nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei (GDP) Ende März 2017 287 Stellen im Land unbesetzt. Ein Grund für die freien Stellen wird in der mangelnden Attraktivität des Arbeitsplatzes gesehen, denn Brandenburg und Berlin bilden bundesweit die Schlusslichter in der Vergütung ihrer Polizisten.

Sind Kooperationen sinnvoll?

Eine etwaige Kooperation von Polizei und Kommune zum Zwecke der Einbruchsprävention muss man aus diesem Grunde kritisch betrachten, da fraglich bleiben muss, ob überhaupt die personellen Möglichkeiten bestehen. Bei diesen sogenannten Sicherheitskooperationen von Polizei und Ordnungsämtern ist es unter anderem das erklärte Ziel – etwa durch gemeinsame Streifengänge – das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken oder besondere Brennpunkte herauszuarbeiten. Auch soll die Bevölkerung zu Präventionsmöglichkeiten aufgeklärt und zur Vorsicht sensibilisiert werden. Ob dies hehre Ziel im kommunalen Interesse ist, muss hinterfragt werden, da solche Kooperationen mit einer schleichenden Aufgabenverlagerung hin zur Kommune verbunden sein könnten. Die Kooperationsbereitschaft der Kommunen darf aber nicht gleichzeitig zu einem Abbau der Polizeipräsenz führen und auf Kosten der Kommunen geschehen, zumal der rechtliche und finanzielle Rahmen fragwürdig wäre.

Deutlich vielversprechender als die Aufklärung von Einbruchdelikten ist die Prävention dieser. Der bundesweiten Aufklärungsrate von 17 Prozent stehen etwa 40 Prozent fehlgeschlagener Einbruchsversuche gegenüber, Tendenz steigend. Aufmerksame Nachbarschaft und einbruchshemmende Türen und Fenster bieten hier einen vielversprechenderen Schutz. So bietet etwa die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Möglichkeit, sich durch Kredite oder Zuschüsse den Einbau von Sicherheitstechnik fördern zu lassen. Der Antrag muss allerdings vor Baubeginn gestellt werden. Gefördert werden dabei anteilig die Kosten mit 10 Prozent bis zu einer Obergrenze von 1500 Euro. Seit dem 21.03.2017 kann man zudem die Förderung ab einer Mindestinvestitionssumme von 500 Euro (anstatt zuvor 2000 Euro) online beantragen. Eine Änderung, mit der man sich erhofft, mehr Mieter als zuvor ansprechen zu können. Im vergangenen Jahr hat die KfW bereits etwa 40.000 Förderzuschüsse zum Einbau von Sicherheitstechnik ausgereicht. In einigen Bundesländern und Kommunen gibt es zudem zusätzliche Förderprogramme. So fördert zum Beispiel die Stadt Heidelberg mit ihrer „Heidelberger Schlossprämie“ den Einbau mechanischer Sicherheitstechnik mit 25 Prozent bei einer Maximalfördersumme von 2500 Euro.

Neues Gesetz gegen Einbrüche

Die Bundesregierung hat außerdem weiteren Handlungsbedarf bei der Abschreckung potenzieller Einbrecher erkannt. So wurde Mitte Mai ein Gesetzentwurf beschlossen, der Einbruchsdelikte härter bestrafen und gleichzeitig die Strafverfolgung von Einbrechern erleichtern soll. Das Strafmaß soll künftig von einem Jahr bis zehn Jahren Freiheitsstrafe reichen und die Abfrage von gespeicherten Verkehrsdaten soll neu geregelt werden. Ob sich dadurch die Einbrecher in Brandenburg, die bisher nur in jedem zwanzigsten (entdeckten) Einbruch ermittelt werden konnten, abschrecken lassen oder sich das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessern lässt, bleibt abzuwarten.

Anzeige

Terminankündigung:

Warschau kommunal

Gemeinsame Seminarfahrt der SGK Brandenburg und des DPGSV

12. April bis 15. April 2018

Teilnehmerbetrag 130,- Euro p.P. (enthalten sind die Fahrtkosten Berlin Hauptbahnhof – Warschau, Centralna – Berlin Hauptbahnhof, drei Übernachtungen im zentral gelegenen Hotel Ibis Warszawa Stare Miasto inkl. Frühstück, Gruppenfahrscheine für den ÖPNV sowie zwei Abendessen in Warschau)

Vorläufiges Programm:

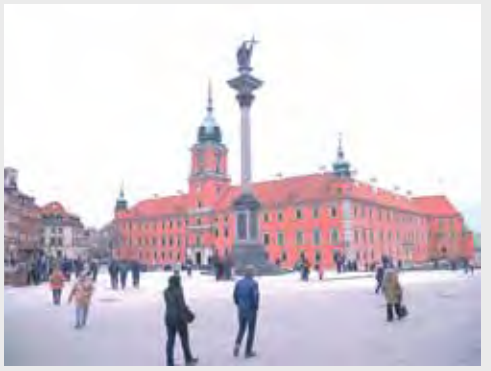
Donnerstag, 12. April: Anreise, Vorträge zum Sozial- und Gesundheitssystem in Polen sowie zum Thema Kommunalpolitik in Polen – Vertikale Gewaltenteilung, Organisation und Kompetenzen, gemeinsames Abendessen / Kennenlernabend

Freitag, 13. April: Gesundheitsministerium, Rathaus Warschau inkl. Gespräch mit Vertretern der Kommunalpolitik, NFZ (Nationaler Gesundheitsfond), Polnisches Parlament Sejm inkl. Gespräch mit einer/m Abgeordneten, gemeinsames Abendessen

Samstag, 14. April: Gespräche mit Vertretern der Parteien SLD und Razem, Stadtführung, Nachmittag zur freien Verfügung

Sonntag, 15. April: Abreise

Verbindliche Anmeldungen sind schon jetzt möglich via E-Mail nrochlitzer@sgk-potsdam.de oder Tel.: 0331 73098200.



Der Schlossplatz in Warschau wurde nach seiner kompletten Zerstörung im Zweiten Weltkrieg wieder originalgetreu rekonstruiert.

Der Besuch des Sejm, des polnischen Parlaments, gehört zu den Höhepunkten der Seminarfahrt.

Fotos (2).N.Rochlitzer/SGK Brandenburg

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts' regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren."

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: **www.bnr.de**

Foto: Hartmut910/pixelio.de

Bei der Feuerwehr brennt´s

Mit dem Thema Personalnotstand greift die SPD-Fraktion Schwielowsee ein mittlerweile weit verbreitetes Problem auf

Autor Niels Rochlitzer

Eigentlich wollen die Kameradinnen und Kameraden nicht mehr diskutieren. Geredet worden sei in den vergangenen Jahren schon zu viel. Jetzt sei es Zeit, zu handeln, höchste Zeit sogar. Viele Wehren im Land, wenn man über den Tellerrand hinausschaut sogar im ganzen Bundesgebiet, sind personell an der Belastungsgrenze. Mancherorts ist diese bereits überschritten. Ins Gespräch kommt man dann aber doch miteinander, als am 4. Mai die SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung Schwielowsee die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde einlädt, mit dem Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes, Werner-Siegwart Schippel, Staatssekretärin Katrin Lange aus dem Innen- und Kommunalministerium, der Potsdamer SPD-Bundestagskandidatin Manja Schüle und dem Kreisbrandmeister Potsdam-Mittelmark, Herbert Baier, über die Lage in den Wehren zu diskutieren.

Was vor allem fehlt: Personal

Ein nicht immer gutes Image der Wehren in der Bevölkerung und mangelnde gesellschaftliche Anerkennung, Vorgesetzte, die verbieten, während der Arbeitszeit auszurücken, Mängel beim Material und immer wieder das fehlende Personal. An Gesprächsstoff bei den Kameradinnen und Kameraden mangelt es keineswegs. Dass die gesellschaftliche Wertschätzung höher sein könne, unterstreicht auch Landesfeuerwehrpräsident Schippel: 96 Prozent der von Feuerwehren gefahrenen Rettungseinsätze im Land Brandenburg werden durch ehrenamtliche Kameradinnen und Kameraden gewährleistet.

Kommunale Pflichtaufgabe im Ehrenamt

Mit dem Brand- und Katastrophenschutz erfüllen die Feuerwehren als einzige im Land eine kommunale Pflichtaufgabe fast ausschließlich ehrenamtlich. Im gesamten Land gebe es eine Handvoll hauptamtlicher Feuerwehren und einige Wehren, die durch hauptamtliche Kräfte verstärkt würden. Die überwältigende Mehrheit rekrutiere sich aus Freiwilligen. Die große Frage sei allerdings, wie lange dies in dieser Form noch zu schaffen sei, ob es überhaupt jetzt noch funktioniere. Angesichts des drastischen Personalmangels in den Wehren sei die Tageseinsatzbereitschaft im Land nicht mehr flächendeckend gegeben, diagnostiziert Schippel. Kreisbrandmeister Baier ergänzt, dass vor allem die Berufspendler zu weit entfernt von der heimischen Wehr arbeiteten, um rechtzeitig zum Einsatz auszurücken. Bei vielen, die vor Ort arbeiteten, stellten sich hingegen die Arbeitgeber quer. Bei einem größeren Brand in der Gemeinde, der am Tage ausbricht, so einer der ca. 30 anwesenden Kameradinnen und Kameraden, wäre zu befürchten, dass die heimischen Wehren dem Feuer nicht Herr werden könnten und auf Hilfe aus umliegenden Gemeinden angewiesen wären, wenn diese überhaupt ihre Bereitschaften mobilisieren könnten.

Lichtblick Nachwuchs?!

Bemerkenswert sei, so Staatssekretärin Lange, dass es im gesamten Land in den Jugendwehren erfreulich viel Zuspruch gebe. Nachwuchsgewinnung bei Jugendlichen sei nicht das Problem, so Lange. Hier stiegen sogar die Zahlen der Freiwilligen. Problematisch sei allerdings der Übergang von den Jugendwehren in die Einsatzbereitschaften. Viele, die sich noch in der Jugendwehr engagieren konnten, zögen nach dem Schulabschluss weg um eine Berufsausbildung oder ein Studium zu beginnen, gründeten eine Familie und würden sich erst einmal darauf konzentrieren – oder, so ergänzt ein Kamerad, hätten Probleme mit dem teilweise rüden Umgangston, der in den Wehren gepflegt werde. Bei aller Kritik, die es nach außen zu tragen gelte, müsse man sich auch in den Wehren selbst Gedanken darüber machen, wie man miteinander umgehe und ob man nicht gerade Jugendliche schlichtweg auch wieder vergraule. All diese Probleme seien seit Langem bekannt und es gilt, sie umgehend zu lösen.

Unterschiedliche Lösungen

Landesfeuerwehrpräsident Schippel berichtet von den fünf Regionalkonferenzen, die gerade abgeschlossen seien und die zu einer umfassenden Problemanalyse gedient hätten. Die Ergebnisse werden gerade zusammengefasst und aufbereitet, anschließend dem Innen- und Kommunalministerium übergeben, das wiederum seinerseits noch in diesem Jahr ein Feuerwehrkonzept für die Zukunft vorlegen werde.

Im Raum werden einige Punkte genannt, wie das Engagement attraktiver gestaltet werden könne oder das Personalproblem zu lösen sei. Bundestagskandidatin Schüle schlägt vor, durch Freiwillige aus dem Bundesfreiwilligendienst die Wehren zu verstärken. Die Erhöhung der Altersgrenze für Kameraden in den Einsatzbereitschaften wird genannt, unterschiedliche Modelle für eine zusätzliche Altersvorsorge ebenfalls. Unter anderem in Thüringen hat so zum Beispiel das Land eine eigene Feuerwehrrente geschaffen, an der sich Land und Kommunen zu je 50 % beteiligten. Die Ausschüttung sei aber so gering, so Präsident Schippel, dass er das Modell nicht für ausreichend lukrativ halte. Stattdessen spricht er aus, ohne der Auswertung der Regionalkonferenzen vorgreifen zu wollen, was schon den gesamten Abend immer wieder durch den Raum geraunt wird: Eine flächendeckende Einsatzbereitschaft werde in Zukunft nur durch eine massive Aufstockung der Wehren durch hauptamtliche Kameradinnen und Kameraden zu gewährleisten sein.

Dass dieser Weg viel Geld koste, ist allen klar, den anwesenden Gemeindevertretern der SPD in Schwielowsee ebenso wie Staatssekretärin Lange. Wieder einmal wird deutlich, dass ehrenamtliches Engagement im Prinzip nicht bezahlbar ist, aber da, wo es ausbleibt, teuer ersetzt werden muss.